

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M. — Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4598. — **Postfachkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 13693. — **Verlag in Leipzig,** Tauchaer Straße 19/21 — **Telephon** 4596

Insertenpreise: Die 7 gespaltene Kolonelleise oder deren Raum 1.90 M., bei Platzverzicht 2.30 M.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 M. **Reklame-Kolonelleise** 7.50 M. — **Telephon** für die Inseraten-Abteilung 2721 **Schluss** der Inseraten-Annahme für die nächste Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Ausleger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Ausdehnung der Besetzung im Ruhrgebiet.

Hamborn, 9. März. Die Meldung von der Besetzung Hamborns und des Kohlenhafens der August Thyssen'schen Hütte Swelgern ist zutreffend. Es ist eine Kompanie belgischer Kavallerie und eine Eskadron belgischer Kavallerie eingetroffen. Zwischenfälle sind nicht vorgekommen. Der Belagerungsstand ist jedoch erklärt worden. Die Schutzpolizei ist bisher nicht entlassen worden. Man erwartet für morgen den Einmarsch größerer Truppenmassen. Es geht das Gerücht, daß man die Absicht habe, auch Oberhausen zu besetzen. In Duisburg liegen sieben Kompanien Franzosen und fünf Kompanien Belgier sowie eine Fliegerstaffel.

Um die Regierungsbildung in Preußen und Reich. Die Stinnespartei will an die Macht.

Berlin, 10. März. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Das Interessanteste an der politischen Situation ist die Tatsache, daß im Zusammenhang mit der Neubildung der Regierung in Preußen von deutschnationaler Seite auch die Neubildung der Regierung im Reich in die Debatte gezogen wird. Die gestrigen Abendblätter der Reichspresse bringen die schärfsten Angriffe auf den Reichsminister Simons und das Tageblatt weist mit Recht darauf hin, daß die Deutsche Tageszeitung in derselben Nummer, in der sie sich über den Vorwärts beklagt, weil er an Simons eine gewisse Kritik geübt habe, gleichzeitig eine Meldung aus München wiederbringt, in der es heißt, die Deutsche Volkspartei glaube die weitere Belastung ihres Namens durch Simons nicht vertreten zu können. Es wird weiter bekannt, daß in der Sitzung der Sachverständigen, die vorgestern in Berlin stattgefunden hat, Herr Stinnes den schärfsten Vorstoß gegen den Minister Simons unternommen hat. Die Deutschnationalen versuchen also, durch den Sturz des Ministers Simons ihren Eintritt in die Koalition im Reich vorzubereiten. Sie stoßen dabei vor allem auf den Widerstand des Ministers Wirth. Minister Wirth ist bekanntlich vom ersten Tage der Londoner Verhandlungen an ein Gegner des Ministers Simons gewesen. Er hat auch heute noch andere Vorhänge in Vorbereitung, von denen er hofft, daß sie den Gegenstand weiterer Verhandlungen bilden werden. Minister Wirth treibt seine Politik in der Hauptsache durch das Berliner Zentrumorgan, die Germania. Die Deutsche Tageszeitung schreibt nun heute: „Gewisse Kreise, zu deren Sprecher sich die Germania macht und hinter denen man mit gewisser Deutlichkeit den Schatten Erzbergers auftauchen sieht haben im Sinn, die bisherige Koalition in Preußen beizubehalten. Die Germania macht gerade in ihrer gestrigen Abendausgabe noch einen besonders besorgenen Versuch, es zum offenen Bruch mit den Deutschnationalen zu treiben.“ Die Deutschnationale Partei wird also, wenn sie zur Regierung gelangen will, nicht nur den Minister Simons, sondern auch den Schatten Erzbergers, den Minister Wirth, beseitigen müssen. Inmitten beginnt sie die beständigen Anstrengungen zu machen. Die Deutschnationale Fraktion des preussischen Landtages hat, wie die Deutsche Tageszeitung mitteilt, in ihrer ersten Sitzung am 9. März sich eingehend mit der politischen Lage, insbesondere mit der Regierungsbildung, beschäftigt. Da die Mehrheitssozialdemokraten sich der Bildung einer, gegen den Druck des Feindbundes gerichteten Koalition im Reich und in Preußen verweigern, hat die Deutschnationale Landtagsfraktion nunmehr an die Fraktionen der Deutschen Volkspartei und der Deutsch-demokratischen Partei die Aufforderung gerichtet, alsbald in Besprechungen über die Herstellung einer gemeinsamen Regierungsbasis für Preußen einzutreten.

Der Vorwärts schreibt über die Regierungsbildung in Preußen: „Die alten Koalitionsparteien des preussischen Landtages trafen am Mittwoch um 7 Uhr zu erneuten Besprechungen über die Bildung der preussischen Regierung zusammen. Die Sozialdemokraten, vertreten durch Giering, Limberg und Hellmann gaben die Erklärung ab, daß sie eine Koalition mit der Deutschen Volkspartei ablehnen, umgekehrt erklärte das Zentrum, daß es eine neue Regierungskoalition in Preußen nur unter Hinzuziehung der Deutschen Volkspartei schließen wird. Die Demokraten empfehlen, daß die beiden Parteien zunächst einmal die Deutsche Volkspartei fragen, unter welchen Bedingungen und mit welchen Grundbedingungen sie in die preussische Regierung eintreten will. Die Sozialdemokraten erwiderten, daß die Deutsche Volkspartei die Beantwortung dieser Frage mit Recht ablehnen werde, nachdem ohnedies feststehe, daß die Sozialdemokraten eine Koalition mit der Deutschen Volkspartei in Preußen nicht schließen würden. Es wurde daher festgestellt, daß vorläufig eine Einigung über die Regierungsbildung nicht in Aussicht stehe, der Landtag wird sich darauf beschließen müssen, sein Präsidium zu wählen und die Frage der Regierungsbildung bis nach Ostern zu vertagen. Inzwischen müßten die bisherigen Minister und parlamentarischen Staatssekretäre ihre Kämmer fortzuführen. Zugleich seien die bisherigen Koalitionsparteien bereit, in Verhandlungen über die Regierungsbildung mit anderen Parteien einzutreten.“

Die internationale Front der Sozialisten.

Die Lockfeilen der nationalen Rattenfänger ertönen auf beiden Seiten des Rheins und der Nordsee. Der Ruf nach der nationalen Einheitsfront geht um, die deutschen Kapitalisten wollen wieder einmal an dem Diktat der Entente beweisen, daß die deutschen Proletarier sich ihrer Führung zum Kampf gegen den Imperialismus des Westens anvertrauen müssen, während in Frankreich und England die Bourgeoisie dem Proletariat von dem gemeinsamen Interesse erzählt, das beide Klassen daran haben müßten, Deutschland zur Erfüllung seiner Verpflichtungen zur Wiedergutmachung der Kriegsschäden zu zwingen. Ueberall dient der Konflikt zwischen den Machthabern der Entente und Deutschland dazu, das nationalistische Feuer aufs neue zu entzünden, und also die Kapitalistenherrschaft neu zu stärken. Die Stinnes und Konzorten aller Länder wollen bei diesem Krieg ohne Waffen ebenso ihren Kriegsgewinn machen wie bei der furchtbaren Blutkatastrophe der Jahre 1914—1918. Die deutsche Bourgeoisie, die mit Entsetzen sieht, daß ihr die Entente das Erstgeburtsrecht auf die Ausbeutung des deutschen Proletariats streitig macht, will aus diesem Mauthur wenigstens soviel Gutes für sich heraus schlagen als noch möglich ist. Sie wird die wirtschaftlichen Maßnahmen der Sieger, wie die weitere Besetzung deutschen Gebietes als Vorwand benutzen, um jegliche wirtschaftliche Reform in der Richtung der Sozialisierung zu sabotieren, sie unmöglich zu erklären. Sie wird sich damit nicht begnügen, sondern wird versuchen, die wüsten wirtschaftlichen Eroberungen des Proletariats, wie den Achtstundentag, die Arbeitslosenunterstützung, die Demobilisierungsbestimmungen zu zerstören, wie sie ja schon die Verhandlungen mit der Entente benutzt hat, um dem Ausbau der direkten Steuern eine Schranke zu setzen und die weitere Vermehrung der indirekten Steuerlasten vorzubereiten. Und sie wird diese wirtschaftliche Reaktion zu ergänzen versuchen durch die politische Ausnutzung des nationalistischen Laumens, den sie im Volke zu erzeugen unternimmt. Sie wird unter dem Banner des „Widerstands gegen den Feind“ das deutsche Proletariat zu fesseln, die deutsche Republik zu untergraben versuchen.

Deshalb ist es jetzt gebieterische Pflicht der proletarischen Parteien, diesem Treiben mit aller Kraft entgegenzutreten, die proletarischen Massen auf diese drohende Gefahr aufmerksam zu machen, um zu verhindern, daß sie wieder wie 1914 durch nationale Schlagworte von ihrem Wege fortgelockt und in den Abgrund des Verderbens geführt werden. Deshalb muß heute mit ganz besonderem Nachdruck betont werden, daß die einzige Einheitsfront, die die Klassenbewusste Arbeiterklasse kennen darf, nur die der revolutionären Proletariat aller Länder sein kann. Pflichterfüllung handelt jede sozialistische Partei, die in diesen Schicksalsstunden nicht klaren, geraden Weg innehat, die den nationalstischen Schreibern aus Angst vor den nächsten Wahlen auch nur das kleinste Zugeständnis macht. Es ist hochbedauerlich und es zehrt wieder, wie wenig die rechtssozialistische Partei bisher aus den Ereignissen der letzten Jahre gelernt hat, wie weit sie noch von der Rückentwicklung zu einer revolutionären Partei entfernt ist, daß sie in diesen Tagen keinen festen Standpunkt zu finden gewohnt hat. Die Leitartikel des Vorwärts entschärfen der unterschieden sozialistischen Note, die sie gerade in diesen Tagen haben müßten, es genügt nicht, den Belgieren ihre Sünden gegen den Internationalismus vorzuhalten, die Rechtssozialisten müssen zunächst den Internationalismus in eigenen Hause wieder lebendig werden lassen. Die belgischen Sozialpatrioten können sich gegen die empörten Hinweise des Vorwärts auf ihre Unterdrückung der belgischer Republik schließlich darauf berufen, daß die deutschen Rechtssozialisten seinerzeit den Vertrag von Bre't-Vilvoet nicht abgelehnt (in manchen ihrer Blätter seine Unterzeichnung sogar gefordert) und den Bukarester Vertrag angenommen haben. Und diese Kaufverträge unterscheiden sich zwar dem Grade nach etwas, aber doch nicht grundlegend von dem Diktat von Versailles. Die Rechtssozialisten könnten allerdings sagen, die Sache liege schon länger zurück und inzwischen hätten sie und hätten auch die Sozialisten der anderen Länder zusehen müssen. Aber einmal betonen die Rechtssozialisten heute noch bei jeder passenden Gelegenheit, daß ihre Kriegspolitik richtig gewesen sei und niemals haben sie ihre Haltung in den Tagen von Bre't-Vilvoet und Bukarest bedauert oder zurückgegeben. Und dazu kommt, daß sie der Einheitsfront mit den bürgerlichen Parteien durchaus nicht entschlossen ablehnend gegenüberstehen, daß sie in vielen Teilen des Reiches schon hergestellt haben, daß sie in den besetzten Gebieten gemeinsam mit allen bürgerlichen Parteien einen Aufruf herausgegeben haben, dessen Schlusssatz lautet:

„Gute schöne Heimat, die Berle der deutschen Länder, ist in Gefahr! Das Vaterland kann sie nicht schützen, ihr allein könnt ihr retten. Was auch kommen mag, macht euer Deutschtum, haltet fest am Reich! Keine Macht der Erde ist stark genug, euch gegen euren Willen von Deutschland loszureißen. Vor allem: seid einig! Schließt eure Reihen! Was immer auch kommen mag! — reißt

noch die Hände zu dem einen einmütigen Gelübde: Komme, was kommen mag, wir bleiben deutsch.“

„Reinländer! Rheinländer! Pfälzer! Die Augen der ganzen Welt sind auf euch gerichtet. Zeigt ihr, daß deutsche Treue kein leerer Wahn ist, daß ihr eher alles ertragt, als daß ihr Deutschland jemals die Treue brähet. Haltet treue Wacht am deutschen Rhein! Das Vaterland vertraut auf euch!“

Im Reichstag haben die Rechtssozialisten mehr als einmal in diesen Tagen zu den bürgerlichen Parteien gestanden und selbst in Dorthy-Bayern, dessen Putschpräsident Kahr nicht zum wenigsten an der Verschärfung der Lage von heute schuld trägt, sind sie geschlossen hinter die Kappregierung getreten.

Auf der anderen Seite treiben die Kommunisten eine Politik, die in ihrer letzten Konsequenz zur kriegerischen Auseinandersetzung, zum militärischen Aufgebot der Proletariat der verschiedenen Länder gegeneinander führen müßte. Wenigstens die russischen und die deutschen Kommunisten. In der französischen kommunistischen Presse klingt das Lied anders. In der Pariser Summa vom 9. März wird eine vom Vorstand ihrer Partei gefasste Resolution veröffentlicht: Hiernach soll in der Humanität, in der Kammer und in öffentlichen Versammlungen eine energische Propaganda zum Protest gegen die Kriegsgefahr entfaltet werden. Außerdem ist beschlossen worden, in kürzester Frist eine internationale Konferenz einzuberufen, um ein gemeinsames Vorgehen des französischen, deutschen, englischen und italienischen Proletariats herbeizuführen.

Das ist dieselbe Taktik, die die Unabhängige Sozialdemokratie Deutschlands, die die in der Internationalen Sozialistischen Arbeitergemeinschaft vereinigten sozialistischen Parteien bereits längst eingeschlagen haben. Wenn die Kommunisten aus den Worten ihrer Resolutionenstomatik herabsteigen, können sie eben auch nichts anderes tun als das, was die wirklich revolutionären sozialistischen Parteien zu Wien in Richtlinien bereits vorgezeichnet haben. Aber die französischen Kommunisten würden mit dieser internationalen Konferenz eigentümliche Erfahrungen machen, sie würden hören, daß die russischen und die deutschen Kommunisten ihre Hoffnung setzen auf einen Feldzug gegen die Entente, daß sie davon träumen, die Gewalt Herrschaft der Siegerstaaten durch militärische Gewalt niederzuwerfen, daß die Konsequenz ihres Standpunktes die erneute Entsefflung der Kriegsjurie in Europa bedeutet. Etwas, was die französischen Kommunisten dem französischen Proletariat gar nicht zu sagen wagen — von all den aufgeregten Auseinandersetzungen über das Bündnis mit Sowjetrußland, die in diesen Wochen in der deutschen kommunistischen Presse zu finden waren, fand sich in der französischen kommunistischen Presse nicht das kleinste Echo. Aus guten Gründen. Wommt der schlagende Beweis geliefert ist, daß die kommunistischen Parteien beim Parteipflichter eine internationale proletarische Politik ebensowenig zu treiben vermögen wie die Rechtssozialisten.

Die einzige internationale proletarische Front, die heute steht, ist die von Wien. Hier ist die Arbeitergemeinschaft revolutionärer sozialistischer Parteien, die mit einem klaren Programm sich an die Arbeiter aller Länder wenden kann, die am 13. März zum erstenmal das öffentliche Gewissen und das Klassenbewußtsein des Proletariats aufrütteln wird zur Anbahnung politischer Tat. Diese Arbeitergemeinschaft lebt, wie uns die Stimmen aus der Unabhängigen Arbeiterpartei Englands nachstehenden zeigen. Im Populaire vom 8. März schreibt Jean Longuet einen Artikel „Die sozialistische Pflicht“, worin er sagt:

„Die Anwendung der famosen „Sanctionen“ erlaubt allen Kriegsheern, sich breitzumachen. Schon merkt uns der Telegraph, daß die große Industriestadt Düsseldorf heute morgen von den alliierten Truppen besetzt worden ist. Die Proletarier dieses großen sozialistischen Zentrums, die so prächtig fest zum internationalen und revolutionären Sozialismus unserer unabhängigen Freunde gestanden sind, sollen hier Ausdruck unserer brüderlichen Solidarität in ihren gegenwärtigen Prüfungen finden.“

Das positive Ergebnis dieser militärischen Maßnahmen, die mit so viel Lärm angekündigt wurden, wird übrigens ein abjectes Nichts sein. Sie werden uns nicht einen Sou mehr verschaffen, sie werden die Ruinen unserer Nordprovinzen nicht verringern, sie werden nichts zu ihrer Wiederherstellung beitragen.

Gegen diese Entsefflung der humanitären Bestialität hat das Proletariat besondere dringliche Pflichten. Warum muß uns die Stunde der Gefahr tödlich gespalten, grausam geschwächt durch Bruderhass finden? Durch einen Haß, der selbst vor der gemeinsamen Gefahr nicht halt macht. Denn wir hören, daß die „Kommunisten“ von Pre Saint Gervais soeben den Maire dieser sozialistischen Stadt gezwungen haben, den Festtag der Bürgermeisterei, der bereits unsern Freunden für die Kundgebung gegen den Krieg, die die Konferenz von Wien in ganz Europa auf den nächsten Sonntag festgesetzt hat, zu verweigern.

„Gute schöne Heimat, die Berle der deutschen Länder, ist in Gefahr! Das Vaterland kann sie nicht schützen, ihr allein könnt ihr retten. Was auch kommen mag, macht euer Deutschtum, haltet fest am Reich! Keine Macht der Erde ist stark genug, euch gegen euren Willen von Deutschland loszureißen. Vor allem: seid einig! Schließt eure Reihen! Was immer auch kommen mag! — reißt